

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1919 Nr. 396

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Dorost monatlich M. 1,50, vierteljährlich M. 4,50 mit Dom. Durch die Post monatlich M. 1,65, vierteljährlich M. 4,90 außer Postgeb.
Verkaufsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 6649 und 6610. — Postfach: Leipzig 20512.

Abend-Ausgabe
Donnerstag, 14. August

Anzeigenpreis: Die Zeil. 30 mm breit (mit 20 Spalten) 20 Pf. Die Zeil. 90 mm breit (mit 40 Spalten) 40 Pf. — Verlaß und Druck von Otto Uhle, Halle-Saale.

Neueste Tagesnachrichten

- Die Verhandlungen in Oberschlesien haben das Ende des Streiks noch nicht herbeiführen können. Heute wird eine neue Einstellungnahme gemeldet.
- Der obereschlesische Röhren hat in gereizter Stimmung in Weiden und Böhrigstraße die Weidemannsche geführt und getrieben. Neue Demonstrationen wegen der „Lebensmittelpolitik“ haben darauf folgen.
- Die Berliner Beamten stellen sich in ihren Forderungen hinter die Hamburger Amtsdirektor und drohen gleichzeitig mit dem Streik.
- Die Entente verlangt die Auslieferung von 67 am Weltkrieg „Schuldigen“.

Auslieferung der „Schuldigen“

(Eigene Drahtmeldung der „S. Z.“)
— Basel, 14. August.
Eine „Times“-Depeche meldet, daß der Rat der Alliierten die Auslieferung von 67 „Schuldigen“ an der Führung des Weltkrieges aus den früheren Mittelmächten genehmigt hat. Die Auslieferungsforderung soll jetzt nach der Ratifizierung abgehen.

Liman von Sanders und Machensen

Berlin, 13. August.
Die Heimführung des Generals Liman von Sanders ist nunmehr abgeschlossen worden. Nähere Regelung erfolgt nach der englischen Regierung. Der General soll nach Wien nach Saloniki. Seine Qualifikation wird im Zusammenhang mit der allgemeinen Rückführung der deutschen Kriegsangehörigen im Auge behalten. General Frantzevitch wird im Belgrad der Feldmarschall von Radenitz in Jutak zu genehmigen.

Der Bankbeamtenstreik

Ergebnislose Verhandlungen in Hamburg, 13. August.
Die heutigen Verhandlungen im Bankbeamtenstreik haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Arbeitgeber stellen die Angebot von Gehaltsaufschlag auf 10 Prozent oder 12 Prozent. Die Bankbeamten lehnten eine solche Verhandlungsgrundlage ab und traten mit einem neuen Vorschlag hervor. Der Regierungsvorsteher wurde von den Arbeitnehmern getreten, im Reichsministerium wegen Einberufung einer gemeinsamen Sitzung für den 15. August nach Berlin unter Einziehung von Vertretern oder beteiligten Kreise Schritte zu unternehmen.
Die Vereinigung der Oberbeamten im Bankgewerbe stellt mit, daß die Organisation an Ausdehnung gewinnt, da die oberen Bankbeamten ihre Interessen durch das neue Verbandsorgan ausreichend geschützt sehen. In vielen Orten des Reiches haben sich Kreisgruppen der Vereinigung gebildet. Die Oberbeamten der Diskontogewerkschaft haben sich ebenfalls angeschlossen.
In Hamburg hat das Reichsarbeitsministerium, das sowohl von Deutschen Bankbeamten als auch von der Streikleitung um Vermittlung ersucht worden ist, bestimmt, daß die Verhandlungen in Hamburg fortzuführen haben. Anwohner haben die Hamburger Verhandlungen das am Samstag von dem Demokratischen Komitee gemachte Angebot erneuert mit der Warnung, daß die zu zahlenden Beiträge nicht in zwei Raten, sondern in einer Summe unerschwinglich nach dem Streik erfüllt werden solle. Neben dem Verhandlungen sollen die Hamburger Beamten der in Berlin generalisierenden Beamten mit Wirkung vom 1. Oktober ab den Beamten in Berlin mit ihrem Gehaltsentlohnung gleichgestellt werden. Die anderen Banken werden in dem Angebot, daß ihnen deren Höhe, das erhaltene Wirtschaftlichen Zustand überlegen. Da bis heute mit einer abschließenden Antwort verlangt wird, haben sich die Hamburger Bankbeamten noch gestern Abend zur Beratung über dieses Angebot berufen. Das Ergebnis steht noch aus.

Der obereschlesische Streik dehnt sich aus

(Eigene Drahtmeldung der „S. Z.“)
— Katowice, 14. August.
Die Demonstrationen der Oberschlesier, auf die Arbeiter beschuldigt einzuwirken, sind als gefährlicher anzusehen. Die Arbeiter haben sogar auch neue Forderungen aufgestellt und haben die Verhandlungen zunächst abgebrochen.
Der Streik im obereschlesischen Kohlenrevier dehnt weiter aus sich. Es sind nun hinzugezogen: Gohndorf, Argem, Mysłowice, Lubow Głaz, Wschew, Opatow, Opatow und Gonnau. Die Arbeiter, die sich gestern, sind heute wieder in den Streik getreten. Der obereschlesische Kohlenarbeiter streik umfaßt fast das ganze Kohlenrevier mit Ausnahme

des Ostfälischer und Thüringer Reviers. Man kann die Quoten der Streikenden auf 85 bis 90 Prozent ermäßigen.

Rüchigschütze (Oberschl.), 14. August.
Der Wochenmarkt in Rüchigschütze (O.S.) zeigte am Vormittag das beste Bild wie er der Seuten. Wegen eines geringfügigen Streites kam es auf dem Wochenmarkt zu schweren Krawallen. Die Aufständischen ließen das auf dem Markt getommene Vieh los und begannen ein allgemeines großes Plündern. Die Viehherden wurden schließlich gefürht und vollständig ausgeräumt. Die Markthalle wurde vollkommen ausgeräumt, die Polizei war machtlos. Erst nach 11 Uhr konnte Militär herangezogen werden, das die Markthalle von allen Seiten umstellte. Mehr als ein Dutzend Plünderer wurden darin eingeschlossen. Um 12 Uhr war endlich die Ruhe wieder hergestellt.

Münster, 14. August.
Neuer meldet aus Münster, daß sich die belgische Kammer bis zum 10. September berufen hat. Der belgische Ministerpräsident berichtete über das Ergebnis seiner Verhandlungen mit den Engländern, die er mit dem Bund der Sozialisten. Er erklärte, daß man den Vertrag nicht mehr so weit wie möglich entgegenkommen wolle. Durch den Streik wurde es jedoch der Regierung unmöglich gemacht werden, ihre Aufgabe zu erfüllen.

Seines Gefindel . . .

(Von unserem h. Sonderberichterstatter)
— Berlin, 13. August.
Bei einem Einbruch in das deutsch-österreichische Konsulat ist der Hofmarschall von der Polizei verhaftet worden. In die Angelegenheit ist der tschechoslowakische Konsul in Berlin Gurin, der von den Hofmarschall verhaftet wurde, beteiligt. Wie es heißt, handelt es sich offenbar um Espionage.

Um Oesterreichs Schicksal

Paris, 13. August.
Die Beratungskommission, die beauftragt ist, die Rolle der österreichischen Delegierten zu beurteilen, ist Dienstag morgen zusammengetreten.
Nach Meldungen aus St. Germain dürfte in der Heberzeugung der Entente auf die österreichischen Gegenstände eine ungefähre einmündige Verzögerung einzuwirken.

Das ungarische Kabinett

Wien, 13. August.
Wie aus Budapest gemeldet wird, ist die Bildung des ungarischen Kabinetts nunmehr als selbständiger Verhandlung heute in früher Morgenstunden gelungen. Die wichtigsten Posten wurden folgendermaßen besetzt:
Ministerpräsident: Martin Dobossy,
Außenminister: Graf Julius Andrássy,
Kriegsminister: Stefan Friedrich,
Innenminister: Ernst Garami,
Reichsminister: Stefan Andrássy.
Des weiteren gehören dem neuen Kabinett noch Julius Febl als Volksbildungsminister, und Karl Dugasz als Unterrichtsminister an. In der neuen Regierung sind die bürgerlichen Parteien und die Sozialisten gleichmäßig vertreten. Die Ernennung Stefan Garami als Reichsminister ist ein Zugeständnis an die Heinen Radikalen und Bauern, die Gegenüber Regierung ist im neuen Kabinett nicht vertreten, weil die Sozialisten, vor allem Garami, die Zusammenarbeit mit den radikalen Gruppen ablehnten. Heberzeugung kommt die Ernennung des Grafen Julius Andrássy zum Außenminister.

Die Geächteten

Wien, 13. August.
Der ungarische Kommunist Dr. Ernst Dettelheim, der für die Rolle des kommunistischen Parteiführers in Wien ausgerufen war, wurde heute in einem Wiener Gewandhaus, wo er unter heftigen Klängen mit Begeisterung aufgenommen wurde, unter Schutz genommen. Zugleich erfolgte dort auch die Bestimmung der Russin Anna Kuznetz, der Gattin des russischen Kommunisten Alexeev, der zur Zeit der Kaiserregierung in Wien als herangezogen war. Bei Dettelheim wurden mehr als 100.000 Kronen vorgefunden. Der gemeinsame ungarische Volkskommissar Ruzschi, der nach Befreiung der Grenzstadt bei Wehrung mit folgendem Satz die Grenze überschritten und bei Belanzen in Prag unter falschem Namen Wohnung nahm, wurde verhaftet.
Es ist nicht wahrscheinlich, daß die deutsch-österreichische Regierung der ungarischen Aufforderung Bela Kun und Genossen auszuliefern, Folge leisten wird. Schon bei der Gewährung des Aufschubs ist die Regierung davon ausgegangen, daß die Tätigkeit der Kaiserregierung auch dort, wo Todesurteile der Revolutionäre vorliegen, ausbleiben, und politischen Standpunkte zu beurteilen sei. Allerdings besteht die Möglichkeit, daß die Entente offen oder verdeckt Zwangsmaßnahmen ergreift, um die Auslieferung Bela Kun und seiner Genossen herbeizuführen.
Inzwischen dauern nach wie vor gefundene Reaktionen auf den jüdischen Räteführer in Budapest die antirevolutionären Kundgebungen trotz der sich wiederholenden Erklärungen der Regierung weiter an. Vorgetrieben erschien eine Deputation der Subordinierten der Technischen Hochschule beim Rektor und forderte die Ausweisung aller jüdischen Studierenden, da sie, wie sie sagte, mit Juden nicht im gleichen Sinne leben wollen. Der Rektor billigte diese Forderungen und befahl die Ausweisung.

Klätiglich, Herr Dr. Friedberg!

„Material“ zur Bekämpfung der Deutschnationalen.
Der Demokratischen Partei ist in den letzten Monaten das „Material“ zur Bekämpfung der rechtslebendigen nationalen Parteien und Parteigruppen, das ihr von ihren Befürwortern und Anhänger zu werden beginnt. Ihre Führer sind schon seit Wochen auf der Suche nach „Stoff“, um die Deutschnationalen in allgemeiner Weise bekämpfen zu können. Nachdem der geistige Vater der Partei, das „Berliner Tageblatt“, in seiner Kumpfleier nach braudbaren Waffen Umschau gehalten hat, müßt sich jetzt auch der als demokratischer Führer bekannte frühere Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums, Staatsminister Dr. Friedberg, an seinen „Partei Freunden in Halle“ eine Materialsammlung zur Zusammenhaltung der Demokratischen Partei zu liefern, damit deren Mitglieder nicht „den Restpartei in die Arme“ laufen. Der Versuch Dr. Friedbergs, der in der demokratischen Presse veröffentlicht wird, ist aber so klätiglich ausgefallen, daß er wie das Sterblichste in dieser auf internationaler Ebene basierten Partei anmutet. Dr. Friedberg beschäftigt sich mit den Angriffen auf Erbacher und der Schuld am Krieg und schreibt dazu:

„Ivar ist anzuerkennen, daß der Angriff von der deutschnationalen Seite ausging und daß er sich schließlich auf die Person Erbacher's aufbaute. Aber wie unwürdig die Erklärung aus sein mag, daß diejenigen Leute, welche durch ihre schlechten politischen Anschauungen das Unheil über das deutsche Volk heraufbeschworen haben, der tauglichen Part beifügen, sondern in ihren Kammern die Wege zu tun, wie wenig der diese Empfindung dazu führen, einen Mann zu bedenken, der sich durch sogenannte „Entsüllungen“ zu verteidigen sucht, die sich bei Dichte befehen als der reinste Akt erweisen. Heute weiß jeder Mann im In- und Ausland, der überhaupt ein Urteil besitzt, daß die englische Antwort auf die Anfrage der Kurie in keiner Weise ein Friedensangebot gewesen ist, sondern daß sie lediglich eine Sondierung der deutschen Kriegsziele darstellte, der gegenüber sich der damalige Reichskanzler Michaelis und seine diplomatischen Mitarbeiter mit Recht hatten verhalten. Daß die Antwort verzögert wurde und ungeschickt ausfiel, ändert nichts an der Tatsache, daß ein Friedenswillige bei unseren Gegnern damals überhaupt gar nicht mehr vorhanden war. Es ist der Gipfel der Dummheit, wenn ein offizieller Redakteur des „M. F. W.“ es heute als eine „historische Tatsache“ erklärt, daß im August 1917 ein Friedensangebot der Entente vorgelegen habe. Daß dies die Sachlage ist, müßt auch von der demokratischen Partei unumwunden anerkannt werden, und es ist nicht möglich, es aus parteiischen Gründen zu unterlassen, dies mit voller Schärfe hervorzuheben. Man läßt sonst Gefahr, die Parteifreunde im Glauben zu verfallen, die demokratischen Parteiführer Erbacher's befürworteten gegenüber in Verwirrung zu bringen und sie den Rechtspartei in die Arme zu treiben. Um die Dummheit der letzteren in Bezug auf die Ursachen des Zusammenbruchs zu bekämpfen, gibt es Stoff genug. Man erinnere nur an die unfruchtbar Negotiation für den Weltkrieg, die den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg anging, ihn wider besseres Wissen auszulassen. Man erinnere daran, daß er der entscheidende Faktor für den Verlust des Krieges war, indem er dem wahrlich genug belasteten Deutschland die Amerikaner auf den Hals setzte und damit die Wege für Deutschland zum Einfall brachte. Man erinnere an die Pressepolitik, die ganz einfach ein weitgehendes Annerkennungsmus an jedem Kaiser verriet wurde, indem man in tausenden und abertausenden von Telegrammen an die Oberste Heeresleitung die Reichsregierung an die Hand zu binden suchte und es tatsächlich dahin brachte, daß die auswärtige Politik auf die Oberste Heeresleitung überging, die sie mit einem alldemütigen Diktandum führte, die nicht die geringste Rücksicht für den deutschen Zusammenbruch genommen ist. Man erinnere an die Rügen, die in Szene gesetzt wurden, um auch den Waffenstillstand, der einst und allein — um Heberzeugung der Reichsleitung von der Obersten Heeresleitung verlangt wurde, dem feindlichen Kriegszug abzuhalten. Man weiß schließlich auf die Verlegenheit hin, mit der jetzt wieder die unerschütterlichen Dokumente des Reichsarchivs, die die alleinige Verantwortlichkeit der Obersten Heeresleitung für das Waffenstillstandsverlangen festhalten, umgeben und misbräutet werden sollen. Sie glauben, daß man damit Material genug in der Hand hat, um dem deutschen Volk klarzumachen, was der Schuldige ist, und daß man nicht nötig hat, mit den Waffen eines Erbacher zu kämpfen, deren innere Unwahrhaftigkeit jedem urteilsfähigen Menschen in die Augen springen muß.“

„Ist das alles, Herr Staatsminister Dr. Friedberg, was Sie zur Bekämpfung der Deutschnationalen Parteiführer vorzubringen haben? Dann hätten Sie lieber getan, zu kämpfen, um die Demokratische Partei nicht in ihrer ganzen Unheiligkeit der Öffentlichkeit preiszugeben. Bevor wir aber dies — die Radikalen —

gewissen erfüllende Material im einzelnen durchzuführen, sei zunächst ein Blick auf die Stellung der Demokratischen Partei zu Erzbürger und dessen „Entbillungen“ geworfen.

Die Demokratische Partei hat Herr Erzbürger nicht nur zu dem Tage, als er die Mehrheit der Nationalversammlung mit seinen „Entbillungen“ blüffe, begünstigt ausgeblendet, und ihre Kräfte hat noch wochenlang danach, zu demselben Tage sogar noch, als Herr Erzbürger schon längst entlarvt war, auf Grund der Erzbürgerischen „Entbillungen“ die rechtsgerichteten Kreise bejubelt und beschimpft, ein englisches Friedensangebot im August 1917 zurückgewiesen zu haben. Diese Vorteile ist soweit gegangen, daß sich jetzt selbst ein Mann wie Dr. Friedberg veranlaßt sieht, davon abzurufen, um nicht die ganze Demokratische Partei in den Ruf einer Illigen Partei zu bringen und deren Anhänger den Rechtsparteien in Arme zu treiben. Nichts feindseliger ist freilich wie die Mahnung eines anerkannten Führers die Verwerflichkeit der demokratischen Seite gegen die nationalen Kreise.

Aber Dr. Friedberg möchte nicht Demokratie und die Demokratische Partei nicht die Todesfeind aller nationalen Lebens und Strebens sein, denn er jetzt von dem Kampfe gegen die Rechtsparteien ablassen sollte. Im Gegenteil! Nachdem aller Welt so offensichtlich geworden ist, wie ein bisher als vorzüglich gepriesenes Kampfmittel gegen die Deutschnationalen sich als unvor- und untauglich erwiesen hat, wodurch die Demokraten in der allgemeinen Meinung nicht gerade gestiegen sind, wird jetzt mit der Latente des Drogenes in allen Winkeln herumgeleuchtet, um noch einigermaßen brauchbare Waffen gegen die Deutschnationalen aufzutreiben, damit es in der Dersertkämpfe nicht heße, die Demokraten hätten überhaupt schon hinter sich gemacht. Den Parteifreunden im Lande muß daher neues Material in die Hände gegeben werden, und Herr Dr. Friedberg hat für den Daseinskampf der Demokratischen Partei folgendes Rezept aufgestellt:

1. Den Deutschnationalen soll die unmissige Agitation für den U-Boottrog zum Vornahme gemacht werden, die den Reichskanzler von Bethmann Hollweg gewungen habe, in „wider besseres Wissen“ zu handeln. Die „Schuld“ der Deutschnationalen liegt hierin nicht darin, daß sie der bezugsnehmenden Entgegnungen haben, wider besseres Wissen zu handeln. Merkt Herr Dr. Friedberg gar nicht, wie er mit diesem Argument die alte Reichstagsmehrheit und insbesondere die Demokraten belästet, deren erformerer Schilling Herr von Bethmann Hollweg war? Wenn es wahr wäre, daß die Rechtsparteien den Leiter der deutschen Politik geworden hätten, gegen seine Überzeugung zu handeln, dann würden die Demokraten einen Politiker gewählt haben, der Deutschland mit seinen Augen in den Abgrund geklettert hat. Nun trifft es aber gar nicht zu, daß Herr von Bethmann Hollweg den U-Boottrog gegen seinen Willen eröffnet hat, er hat sich niemals gegen den U-Boottrog im Prinzip gewehrt, sondern nur über den Zeitpunkt seiner Durchführung anderer Ansicht als die Rechtsparteien. Am 1. Februar 1917 aber nicht Herr von Bethmann Hollweg den rüstigen Willen für die Gründung des unbeschränkten U-Boottroges für gekommen. Dr. Friedberg erweist Herr von Bethmann Hollweg keinen Glauben. Wenn er ihm nachgibt, er habe wider besseres Wissen gehandelt, und es wirft auf die Demokraten kein günstiges Licht, wenn sie von ihrem Führer als diejenigejenige Brandmarkung werden, die eine Politik des Verderbens gefolgt haben.

2. Die Deutschnationalen sollen daran schuld sein, daß Amerika in den Krieg eingetreten ist, denn ohne die Forderung des U-Boottroges würden die Vereinigten Staaten neutral geblieben sein. Herr Dr. Friedberg scheint vergessen zu haben, daß Amerika auch vor seiner offiziellen Kriegserklärung niemals auftrifft und tatsächlich neutral gewesen ist, sondern die Entente politisch, finanziell und wirtschaftlich gegen Deutschland unterstügt hat. Man wird vielleicht einwenden, daß der Verkauf von Kriegsmaterial und Waren das gute Recht Amerikas war, aber abgesehen davon, daß die Ausfuhr der einen Seite der Kriegserklärung aus Amerika hat Amerika diese eine Seite auch durch politische Aktionen und moralisch gestützt und damit zum Ausdruck gebracht, daß es den Sieg der Alliierten über die Mittelmächte von vornherein wollte. Solange es der Auffassung war, daß der Sieg der Entente auch bei seiner „Neutralität“ gesichert schien, blieb es „neutral“, als durch die Forderung des unbeschränkten U-Boottroges aber die Unterstüttung der Alliierten erwidert wurde und die Lage sich zugunsten Deutschlands geändert hatte, trat es auch militärisch in den Krieg ein. Aus der ganzen Haltung Amerikas während des Krieges ging für jeden Einsichtigen und Bourgeoisiosen hervor, daß Amerika auf die Niederlage Deutschlands in jedem Falle ganz konsequent hinarbeitete, die Entente sollte diesen Krieg gewinnen, so oder so: war es nicht möglich ohne militärisches Eingreifen Amerikas, dann würde dieses eben erfolgen, war es aber ohne militärische Hilfe gesichert allein durch die bekannte Neutralität Amerikas; nun, dann und nur besser! Diesen klaren Sachverhalt, der auch noch durch das Verhalten des Präsidenten Wilson mit seinen 14 Punkten bei den Friedensverhandlungen erhärtet wird, nicht zu durchschauen, zeugt von Wirklichkeit von einer kaum zu überbietenden und geradezu überheblichen Unfähigkeit an die in Hoffenlose thronende demokratische Illusionspolitik.

Herr Dr. Friedberg zeigt sich mit solcher Auffassung aber nicht nur als untauglicher Propagandist, sondern auch als ein nicht allfälliger Mann an Geschicklichkeit. Ganz müßte ihm noch die Mitteilung des Reichsleiters Grafen Welser in Erinnerung sein, nach welcher ein hoher französischer Diplomat unmissig in Wien erklärt hatte, daß allein durch den U-Boottrog in den Monaten April-Mai-Juni 1917 eine Friedensbereitschaft der Mittelmächte herbeigeführt war, und daß Lloyd George und Ribbentrop und dann weitere Namen zu nennen sind über Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten zu beraten. Das war die einzige ernsthafte Friedenshoffnung, die aber durch Erzbürgers Indiskretion bezüglich der Caernarvon-Denkchrift und durch die Hungerfriedensresolution vom Juli 1917, also auch durch die Demokraten, vernichtet worden ist. Wenn es damals nicht zum Frieden gekommen ist, so tragen die Parteigenossen des

Herrn Dr. Friedberg einen hervorragenden Teil der Schuld daran. Die Friedensmöglichkeit vor der Julirevolution scheint Herrn Dr. Friedberg übrigens noch dunkel in Erinnerung zu sein, denn er schreibt dazu, daß im August 1917, als Erzbürger das englische „Friedensangebot“ erwidert, ein Friedenshohle bei unsern Gegnern nicht mehr vorhanden habe.

3. Das weitere soll der Deutschnationalen zur Last gelegt werden, daß die Reichsleitung an die Westfront gedrückt wurde und die auswärtige Politik auf die Oberste Seeresleitung überging. Den Herrn Dr. Friedberg liegt auch hier wieder das Gedächtnis verlassen zu haben, da er andernfalls wissen müßte, daß gerade von der führenden demokratischen Seite die Entwicklung mit einem Seizer der Obersten Seeresleitung an der Entscheidung politischer Fragen hervorgerufen Anteil bekam. Ist doch die Julirevolution 1917 nicht ohne die Hilfe der D. S. L. zustande gekommen, und die Demokraten waren mit diesem Zustande solange ganz zufrieden, als die Dinge innerpolitisch zu liegen, wie man es auf der linken wünschte. Erst als die D. S. L. der Flaumarbeit und der Vermischung im Innern entgegentrat, begann der Umsturz und die Bekämpfung der D. S. L. durch die Demokraten. Es geht nicht gerade von ganz erlicher Kampfesweise, wenn Demokraten diese Katastrophe heute verurteilen und so tun, als ob die Demokraten stets dagegen gewesen wären, daß die D. S. L. in die Politik hineingezogen wurde. Wenn Herr Dr. Friedberg aber gar von einer Erzieherpolitik spricht, die von deutschnationaler Seite an jedem Kanzler verübt worden sei, so leuchtet er damit eine glatte Unverschämtheit, die ihn auf das unaufrichtige Niveau eines Erzbürgers herabdrückt.

4. An vierter Stelle sollen die Deutschnationalen angefaßt werden, weil sie behaupten, daß der Waffenstillstand das Konto des sogenannten Kriegskabinetts kommt, während in Wirklichkeit doch die Oberste Seeresleitung daran schuld sein solle. Mit diesem Argument befimmt Herr Dr. Friedberg nicht allein mehr höchstes Gedächtnis, sondern schon eine ganz gehörige Portion Demagogie, indem er überzeugen will, daß die Deutschnationalen nicht mit ihrer Vermischung- und Herabsetzung in der Heimat und Front und ihrer Verbeugung eines Verständigungs- und Gerechtigkeitsfriedens dabei gebracht, daß die Fortführung des militärischen Kampfes unmöglich wurde und der Waffenstillstand sich nicht mehr umgehen ließ. Wenn es zu diesem Waffenstillstand und diesem Frieden gekommen ist, so sind daran die stets von internationaler Verhöhnung solchen Demokraten in demontierten Weise schuldigen die Deutschnationalen daran untauglich und gänzlich unbeteiligt sind. Diese Schuldge auf verleihten, zeugt von innerer Unmohbarkeit.

5. Schließlich soll nach dem Rate Dr. Friedbergs die „Verlogenheit“ hineinweisen werden, „mit der jetzt wieder die unbefriedigten Dokumente des Weichens, die die alleinige Verantwortlichkeit der Obersten Seeresleitung für das Waffenstillstandsverlangen geltend machen, ungedeutet und diskreditiert werden sollen. Herr Friedberg macht nicht nur, ob hiesige Unfähigkeit aus dem Herrn Staatsminister Dr. Friedberg spricht, über aber eine unerhörte Dreistigkeit, allseitsen Tatsachen vor den Kopf zu stellen und mit demagogischen Kniffen zu jonglieren. Was mit diesem Weichens an bewusster Fälschung und tendenziöser Gestaltung des Inhaltes von der glorreichen Regierung geleistet worden ist, das weiß doch bereits jedes Kind, und daß die Unfähigkeit dieser Dokumentenführung auf gewissen Stufe liegt wie Wilsons 14 Punkte, sollte auch einem Dr. Friedberg nicht mehr unbekannt sein. Wer dieses Weichens als Beweismaterial ansehen kann, der kann auch dem deutschen Volk erzählen, daß es in Versailles mit den Feinden einen Verständigungsfrieden – ohne Hin- und Hergehien – geschlossen habe.

Das ist alles, was Herr Dr. Friedberg seinen Parteifreunden im Lande als Material in die Hand zu geben vermag, damit die Rechtsparteien nicht in die Arme laufen. Er sollte dieser Materialumgebung die Uberschrift „Klagelied“ geben. Von nationalen Interesse kann man sich kaum besseres wünschen, als daß die Parteifreunde im Lande mit diesem „Material“ nun überall gegen die Rechtsparteien losgehen, man würde dann die Wunde wirklich zeigen können, wo die Schulden sitzen, die durch ihre schändlichen politischen Kathedren das Unglück über das deutsche Volk heraufbeschworen haben, und die den traurigen Part beistehen, ihre eigene schwere Schuld auf die nationalen Kreise aufzubehien. b. b.

Wann kommen unsere Gefangenen?

S. a. a. 13. August.
Aus London wird gemeldet: Im Unterhaus erklärte Churchill, daß die Deutschnation der ständigen Kriegsgefangenen genehmigt, daß über die Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen durch den obersten Alliierten Rat eine Entscheidung jedoch noch nicht getroffen sei.
Im Walde von Auor zwischen Formstein und Orlon erprobten gestern an einem Transportwagen. Acht deutsche Kriegsgefangene wurden getötet.

Vor einem neuen Putsch in der Pfalz

Manheim, 14. August.
Wie die „Neue Wäpfe Anzeigerzeitung“ hört, werden sich die Angehörigen, daß die Pfalz unmittelbar vor einem neuen Putsch steht. Der bekannte Sozialist und Aufwärtsschiffing Expeditions-Minister. Ein französischer Wagnepart und Waffen sind dem Landauer Putschisten zur Verfügung gestellt worden. Cegesdorf und S. a. a. geht nun auf's Ganze und beschließt, die Pfalz dem nächsten Reichsfamilien Reichsministerien zu belegen. Wir hoffen, schreibt das Blatt, daß die reichsteure Wäpfer auf der Hut sind und den „Gründern der Republik“ entsprechend aufwarten.

Beitrag des Kaiserpaars zum Heimgange Roges

Zur telegraphischen Mitteilung des Vize-Admirals Roges zum Heimgange des großen Heilspredigers an das Kaiserpaar ist folgendes mitgeteilt:
Das Kaiserpaar Ihres allezeit treuberechtigten, allseitig hochberechtigten Vaters gedenten in herzlichster Teilnahme in Weimern.
Die Beilegende des Heilspredigers Roges fand Wittwoch nachmittags, unter großem Trauerzweifel statt.

Die Nationalversammlung nach Berlin

Die Wiederherstellungsarbeiten im Reichstaggebäude in Berlin sind beendet, die Arbeiten für die Ueberführung der Nationalversammlung nach Berlin haben begonnen. Die Nationalversammlung wird vom 1. September ab offiziell ihren Sitz in Berlin haben, das Büro der Nationalversammlung jedoch in der zweiten Augusthälfte nach Berlin über. Dem Reichstag in Weimar wird als Übergabe durch die Reichsleitung die Ueberführung der Nationalversammlung nach Berlin übergeben werden. Die Ueberführung der Nationalversammlung nach Berlin beginnt seine neue Spielzeit im Oktober.

Aushebung von Falschmünzern

Das Aufsuchen großer Mengen gefälschter Fünfmünzstücke in Berlin seitens der Polizei ist ein Zeichen für eine sehr große Falschmünzherstellung, die die Reichsleitung sofort ging, daß die Annahme der Fünfmünzstücke vom 30. 11. 1918 glatt verweigert und die offiziellen Anteile die Falschmünzstücke erlassen und zum Nachweis der gefälschten Fünfmünzstücke erlassen. Die gefälschten Fünfmünzstücke sind in der ersten Augusthälfte in Weimar übergeben worden. Die Ueberführung der Nationalversammlung nach Berlin übergeben werden. Die Ueberführung der Nationalversammlung nach Berlin beginnt seine neue Spielzeit im Oktober.

Das in die Brüche gehende sozialdemokratische Steuerdogma

Die Regierung braucht Geld, soviel wie noch niemals auch nur annähernd eine deutsche Regierung gebraucht hat. Es muß irgendeine aufgebracht werden; Steuern über den Hals zu heben und bebord, auch solche, an die früher niemand auch nur gedacht hätte, werden in Aussicht genommen. In dem man wenigstens wieder den Anschein einer gewissen Finanzwirtschaft erhält. Es ist ja nun höchst eigentümlich und für sie recht peinlich, daß zur Zeit dieser großen Steuerbewilligung die Regierungspartei die Sozialdemokraten sind. Haben sie als Reichsfinanzminister, also als verantwortlichen Steuerleiter auch ihren Gegnern, den sie deshalb franshört im Arzte halten, es bleibt schließlich auf die Dauer die Zustimmung über diese „Ergründungsarbeiten der glorreichen neuen Zeit“ doch auf der Regierungsozialdemokratie hängen. Die Genossen haben es sich früher in Steuerfragen recht leicht gemacht; den Etat lehten sie ohnehin ab, sie brauchten sich also nicht den Kopf zu zerbrechen, ob die nötigen Betriebsmittel für den Etat aufzulegen. Sie behandelten die Steuerangelegenheiten rein agnostisch, als ein Mittel, der „Wäpfer“ zu mähen und die „Reichenden“ aufzureizen. Direkte Steuern, die „Reichen“ bezogen, wurden gutgehehen; indirekte Steuern, die nach sozialdemokratischer Behauptung in der Hauptlage „die Arbeiter“ aufbringen müßten, wurden unbelieben abgelehnt, selbst wenn es sich um Luxussteuern handelte. Das war sozialdemokratisches Parteioempe angeden, an dem nicht gerüttelt werden durfte. Der Sozialdemokrat im Steuerwesen wurde damit den Reichsoberhäuptern als ihr gutes Recht eingemipft, für das sie mit allen Mitteln kämpfen müßten.

Jetzt als Regierungspartei kann die Sozialdemokratie ihren alten negativen Standpunkt nicht mehr behaupten. Es gilt jetzt, positive Arbeit zu leisten, das heißt Geld schaffen, wo es zu bekommen ist. Die Obergenossen am Regierungsoberhäuptern deren wirtschaftliche Lage ist in durch die Revolution sehr verändert hat, begreifen das auch wohl. Die Masse ihrer Anhänger aber kann nicht so schnell umlernen; sie findet sich nicht so leicht daran, daß man indirekte Steuern, die in Parteiverhandlungen und „Zeitungen“ stets als Ausbeutung der Arbeiter verurteilt wurden, jetzt mit einem Mal guthehen und betreiben soll. Kann man denn nicht, wie es doch früher für allein gerecht erklärt worden ist, die Steuerlisten durch direkte Steuern nur von den „Reichen“ zu nehmen? Das heißt aber immer als ein Mittel der sozialdemokratischen Aufwärtsbewegung. Und jetzt, da die Partei das Geld in Händen hat, wollen die leitenden Obergenossen genau das Gegenteil von dem tun, was die Anhänger von ihnen erwarten? Da ist es erklärlich, daß sich unter den Abgeordneten der Reichsoberhäuptern die Sozialdemokraten Stimmen gegen zu heben, die die indirekten Steuern abzulehnen möchten. Sie würden vor allem auch die Unmöglichkeit der selbstverständlichen die schwerste Lage der Regierungsoberhäuptern beunruhigen werden, um in bekannter Weise zu beten. Höchst einleuchtend können die reichsten Sozialisten in hier wieder behaupten, die Partei über den Wert an den Arbeitern, tiefe mit der Bourgeoisie unter einer Decke usw. Aber es hilft doch alles nichts. Geld muß beschafft werden, ohne indirekte Steuern in sehr füllbar Schärfe wird es nicht abgehen. Und die Sozialdemokraten können doch nicht etwa darauf bestehen, daß die bürgerlichen Klassen die notwendigen Steuern der Reichen ihnen die von unabweisbare Verantwortung abnehmen, indem sie bescheiden ihrer Regierung und ihrer hohenlosen Selbstlosigkeit die Steuern bewilligen, die Genossen müssen selbst offen Farbe bekennen. Die ohnehin so sehr erschütterte Parteibasis der Regierungsoberhäuptern ist jetzt damit vor eine schwere Bewährungsprobe gestellt, und es ist nicht unabweislich, daß sie haben werden. Schon ist die Sache Einheiten an Anhänger verloren, und es ist nicht zu bezweifeln, daß die Sozialdemokraten als eine Vorpostenlinie solcher Tatsachen bereits wird; ebenfalls ein Einfluß steht die Partei über in vielen Orten hinter den radikalen Elementen zurück. Wohl möglich, daß der Kampf um die Steuererlagen das Bild noch weitlich verändert. Die Sozialdemokratie hat sich nun die Anstrengungen und Überanstrengungen, die sie früher dem Parteigangern entgegenzusetzen mußte, an der Partei zu tun. Die planmäßige Erziehung ihrer Anhänger zur Steuerbewilligung ist ein Ziel, das die Regierungspartei anstreben will. Die Sozialdemokratie selbst.

